

Neu-köllnisch **DIE LINKE. PDS**

Linkes Informations- und Diskussionsblatt

Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen

1981 von lateinamerikanischen Frauen ausgerufen, wurde dieser Tag von den Vereinten Nationen zum Internationalen Tag zur Beseitigung jeder Form von Gewalt von den Vereinten Nationen erklärt.

Gewalt gegen Frauen ist weltweit die häufigste Menschenrechtsverletzung. Gewalt verletzt ihre körperliche und psychische Integrität. Dafür gibt es kulturelle und religiöse, vor allem aber ökonomische Ursachen. Gewalt an Frauen hat viele Gesichter, die

Exklusiv

aus dem Abgeordnetenhaus



Täter sind Fremde oder Partner, die Methoden sind brutal oder subtil. Zu jeder Stunde eines jeden Tages wird Millionen Mädchen und Frauen Gewalt angetan, sie werden an den Genitalien verstümmelt oder als Witwen verbrannt, sie werden als Zwangsprostituierte gehandelt oder in Zwangsehen gepresst, als Kriegsbeute vergewaltigt und gefoltert, und viele werden von ihrem Partner geschlagen, vom Chef genötigt oder öffentlich belästigt.

Patriarchale Strukturen, die tief in der Gesellschaft verankert sind, wirken auch in Deutschland und lassen sich nur langsam und mühevoll aufbrechen. In allen Bereichen des Lebens sind Frauen brutaler oder subtiler Männergewalt ausgesetzt. Gewalt ist nie privat. Es ist nicht das individuelle Problem von Frauen, sich gegen Gewalt zur Wehr zu setzen. Es ist Aufgabe der gesamten Gesellschaft, Gewalt an Frauen zu ächten, die Opfer zu schützen und Ursachen zu bekämpfen.

Der internationale Tag gegen Gewalt an Frauen soll Anlass sein, Flagge zu zeigen, Solidarität zu üben und Rechenschaft abzulegen.

Evrim Baba, Frauenpolitische Sprecherin

Linkspartei.PDS und WASG vor wichtigem Jahr

Eine zersplitterte Linke nützt keinem



Mit Oskar Lafontaine und Gregor Gysi besitzt die »Die Linke.« im Bundestag eine schlagkräftige Doppelspitze
Foto: Archiv

»Wir wollen in der Bundesrepublik Deutschland eine neue politische Partei entwickeln. Diese Parteibildung ist kein Selbstzweck«, erklärte Lothar Bisky (MdB) bei einer Pressekonferenz. Im Mittelpunkt stehe der Anspruch der Linkspartei.PDS, »dieses Land verändern zu wollen hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit, Demokratie, Freiheit, Selbstbestimmung und ziviler Konfliktlösungen«.

Mit dem Bundesparteitag am 10. und 11. Dezember in Dresden sowie einem weiteren im April sollen die Weichen für eine Verbindung mit der Wahlalternative geschaffen werden. Mit Bodo Ramelow, dem Wahlleiter für die Bundestagswahl 2005 und Fraktionsvize, wurde eigens ein Beauftragter für den Parteibildungsprozess benannt. Denn Streit gibt es allerorten. Besonders in Berlin scheint die Situation schwierig. Die Beschlüsse der Berliner WASG, seien unangenehm, »aber sie gefährden noch nicht das Projekt an sich.« Man wolle die Urabstimmung im Februar abwarten und um Vertrauen bei der Wahlalternative werben,

so Ramelow im Interview. Die Bundesspitze der WASG geht weiter wie die Linkspartei. PDS von einem Fusionsprozess der beiden ungleichen Partner aus.

Verständnis, Gemeinsamkeit und gemeinsame politische Aktionen seien im nächsten Jahr gefragt, äußerte sich Hans Modrow, der Ehrenvorsitzende der Linkspartei.PDS gegenüber Neu-köllnisch. Besonders gehe es in der Debatte in Berlin gewiss nicht darum, »den Schwarzen Peter dem einen oder anderen zuzuschieben« Erfolg könne die Vereinigung der Parteien nur haben, »wenn von beiden Seiten mehr das Gemeinsame gesucht, angestrebt und ohne Vorbehalte auch aufeinander zugegangen wird.«

Im neuen Jahr soll in Berlin mit Gesprächen zu verschiedenen Themenfeldern der Dialog beginnen. Bei der Bundestagswahl haben mehr als 4,6 Millionen Wähler einer vereinten Linken einen Vertrauensvorschuss gegeben. Wir sollten auch in Berlin alles tun, damit diese Wählerinnen und Wähler nicht enttäuscht werden.

Christoph Nitz

Bericht von der BVV-Sitzung am 30. November

Das letzte Mal in diesem Jahr

Die BVV begann mit einer Einwohnerfragestunde, die nach den neuen Demokratiegesetzen Berlins, Bestandteil der BVV ist. Die nächste eingeplante Fragestunde ist im Mai 2006. Sollten allerdings zwischenzeitlich mehrere Einwohneranfragen eingehen, könnten die Bürger, Bezug nehmend auf das Gesetz, diese Fragestunde auch einfordern.

An diesem Abend lagen insgesamt 11 Fragen vor. Die Fragen betrafen die geplante Erweiterung der Gropiuspassagen, die Sanierung der Häuser der High-Deck-Siedlung, Müllsituation in Neukölln und die Beabsichtigte Neugestaltung des Hermannplatzes.

Mit einer dringlichen Anfrage, betreffs des Risikos des neu zu gründenden Kita-Eigenbetriebes, drängte sich die CDU noch zusätzlich in die schon sehr umfangreiche Tagesordnung. Sie wollten durch eine sehr polemische Diskussion und einen dazugehörigen Antrag die Gründung verhindern. Diese Form der Kinderbetreuung ist aber Bestandteil der Bildungsreform, die im Abgeordnetenhaus beschlossen wurde. Letztendlich geht es um die staatliche Sicherung eines bestimmten Anteils der vorhandenen Kita-Plätzen. Insgesamt entstehen fünf Kita-Eigenbetriebe in Berlin. Der Betrieb Süd-Ost, der etwa 4.200 Plätze bewirtschaftet, wird von Neukölln und Treptow-Köpenick gebildet. Im Verwaltungsrat sind beide Bezirke

paritätisch vertreten. Das Risiko ist derzeit allerdings noch nicht abschätzbar, da eine solche Betriebsform neu ist. Es wird einen ständigen Kontakt mit dem Abgeordnetenhaus geben, um Risiken zu vermeiden bzw. gegebenenfalls eine Abfederung vom Senat einzufordern.

Die SPD sprach in einer Großen Anfrage nochmals die Studie zu den Ortsteilzentren des Bezirkes an, in der die Zukunft des Wutzky-Centers als wenig aussichtsvoll eingestuft wurde. Auch ein eventueller

Verkauf wurde, von der Wohnungsbaugesellschaft, in Betracht gezogen. Die wenigen Händler, die dort ausharren, waren mutlos und verunsichert. Genaues sollte Mitte November feststehen. Stadträtin Stefanie Vogelsang erklärte plötzlich in der Sitzung, dass ein neuer Bebauungsplan aufgestellt werden soll und dass sich die H.F.S. Immobilienfonds GmbH, Herr Huth (bekannt von den Gropiuspassagen), um die Projektierung kümmere. Wolfgang Morche (SPD) war überrascht, hatte er doch noch einen Tag zuvor mit der Geschäftsleitung der Wohnungsbaugesellschaft gesprochen, die ihm bestätigte, es gäbe nichts Neues. Lläuft hier war schiefe? Wir

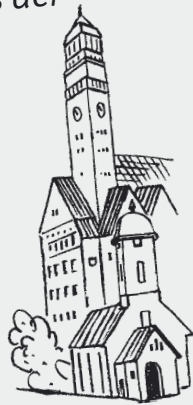
werden es versuchen im Ausschuss zu klären.

Die nächste BVV wird am 25. Januar 2006 stattfinden.

Wir wünschen allen Bürgerinnen und Bürgern ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest.

Sylvia Stelz
Fraktionsvorsitzende

Bericht
aus der



Bezirks-
verordneten-
versammlung

Anträge – Was wurde daraus?

Beschlossen

- Einmündungsbereiche
Groß-Ziethener Chaussee (SPD)
- Schülertransport (SPD)
- Tempo 30 in der Wildenbruchstraße (SPD)

Überwiesen

- Netzwerk Altenhilfe (CDU)
- Arabische Bibliothek (SPD)
- Mitwirkung von Sportvereinen bei der Fußball-WM (CDU)
- Halteverbot in der Karl-Marx-Straße (SPD)
- Zufahrt vereinfachen (CDU)
- Weniger Bürokratie (CDU)

Schlussbericht

- Erwerb von deutschen Sprachkenntnissen (SPD)
- Gestaltung 300 Jahre Schloß Britz (SPD)
- Hartz IV – Angebote auch für Nichtleistungsempfänger (SPD, Grüne, PDS)
- Geschwindigkeitsbegrenzung in der Johannisthaler Chaussee (SPD)

Alle Anträge sowie die kompletten Unterlagen der BVV sind im Fraktionszimmer A 307 im Rathaus einsehbar.

Kita kostenlos

Gratis-Jahr für Vorschulkinder ab 2007

Berlins Vorschulkinder können bald ein Jahr lang kostenlos die Kita besuchen. Darauf haben sich SPD und Linkspartei.PDS im November geeinigt. Von 2007 an haben alle Kinder ein Anrecht auf ein beitragsfreies Kita-Jahr unmittelbar vor Schulbeginn – unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern. Kosten entstehen lediglich für die Verpflegung der Kinder.

Gerade sozial schwache Familien und

Familien mit Migrationshintergrund bekommen damit die Chance, ihre Kinder langsam auf den Schulalltag vorzubereiten. Bei Vergleichstests haben Berlins Schüler bisher immer schlecht abgeschnitten – nicht zuletzt aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse der Schulanfänger. Das beitragsfreie Kita-Jahr soll helfen, dass alle Kinder dieselben Startchancen haben, wenn sie in die Schule kommen. Niemand soll von Anfang

an aufgrund von Herkunft oder Einkommen der Eltern benachteiligt sein.

10,8 Millionen Euro wird dieses beitragsfreie Jahr voraussichtlich kosten. Dabei wurde auch einkalkuliert, dass aufgrund des Angebots mehr Eltern als bisher ihre Kinder in die Kita geben werden. Wegen der Mehrausgaben wird aber keineswegs bei anderen Jugend- oder Bildungsangeboten gespart. Das Geld stammt aus vielen kleinen Töpfen. Unter anderem wird die Berliner Verwaltung auf einen Teil des zur Modernisierung der Computertechnik eingeplanten Geldes verzichten – zum Wohl der Kinder.

Christian Posselt

Gegen Neo-Liberalismus in Bund und Land – gemeinsam!

Gegen die Angriffe der großen Koalition auf Rentner, Beschäftigte, Arbeitslose und MigrantInnen können wir nur mit vereinten Kräften erfolgreich Widerstand leisten. Die WASG



Neukölln möchte die Kooperation mit der Linkspartei Neukölln und weiteren Kräften fortführen und die für das Frühjahr 2006 beschlossene Demonstration gegen die große Koalition breit mobilisieren.

Zu den Berliner Wahlen streben wir einen gemeinsamen Wahlantritt von Linkspartei und WASG auf antineolibe-

raler Grundlage an, trotz unserer erheblichen Kritik an der Politik des Senats. Diese Kritik wollen wir in solidarischer Form austragen.

Wir schließen uns dem Bundesvorstand der WASG an: Ein ›Weiter so!‹ in Berlin ist nicht möglich. Die Politik der SPD/Linkspartei-Regierung in Berlin birgt ein erhebliches Konfliktpotenzial für den Parteibildungsprozess. Das bezieht sich zum einen auf die Rolle der Linkspartei im Senat, z.B. in Bezug auf den aktuellen Tarifkonflikt der Charité,

zum anderen auf die grundsätzlich zu klärende Frage, unter welchen Bedingungen eine Regierungsbeteiligung sinnvoll ist.

Wovoreit hat angekündigt, die Sparmaßnahmen der großen Koalition in Berlin durchzusetzen. Wir begrüßen deshalb ausdrücklich das Aussetzen einer Koalitionsaussage von der Linkspartei zugunsten der SPD und fordern den Verzicht auf die Koalitionsaussage im Wahlkampf, denn die Linke kann nicht im Bund den Widerstand gegen Kürzungen aufbauen und in Berlin Verantwortung für Kürzungen übernehmen.

Eine gemeinsame Mobilisierung gegen Sozialabbau, Privatisierung, Stellenstreichungen und mehr demokratische Bürgerbeteiligung könnte vielen Berliner Wählern neue Hoffnung geben und uns gemeinsam im Parlament und außerhalb stärken. Lucia Schnell, WASG Neukölln

Große Koalition auf Kosten der Kleinen

Die Linke: Konsequente Opposition gegen neoliberalen Kurs

Die längste Regierungsbildung in der Geschichte der Bundesrepublik ging nach zwei Monaten zu Ende. Zum zweiten Mal werden CDU/CSU und SPD gemeinsam als so genannte große Koalition sich auf den Weg machen, große Probleme zu lösen. Erstmals steht mit Angela Merkel eine Frau am Steuer des Regierungsschiffs, zudem eine Frau mit ostdeutscher Herkunft. Scharfe Kritik übten die Vorsitzender der Linken im Bundestag Gregor Gysi und Oskar Lafontaine: »Die Koalitionsvereinbarung ist ein Dokument der Wählertäuschung und des Weiter so einer gescheiterten Politik. Die Koalition handelt entgegen aller wirtschaftlichen Logik und verstärkt den Abbau des Sozialstaates.«

»SPD und Union haben sich darauf geeinigt, den Sozialstaat weiter abzubauen« kommentiert Lothar Bisky (MdB), Vorsitzender der Linkspartei. PDS das 119 Seiten umfassende Vertragswerk. Der kleinste gemeinsame Nenner der Regierungsparteien sei die Fortsetzung der unsozialen Agenda 2010 sowie die im Wahlkampf von der SPD noch als ›Merkel-Steuer‹ heftig angegriffene Erhöhung der Mehrwertsteuer. Plante Merkel noch mit zwei Prozent, die zur Senkung der Lohnnebenkosten eingeplant waren, wollen die Großkoalitionäre nun ab 2007 drei Prozent mehr – die größtenteils in den Haushaltslöchern verschwinden sollen.

Insgesamt wird mit der großen Koalition die soziale Ungleichheit im Land weiter vergrößert. Arbeitslose werden doppelt belastet durch Leistungskürzung einerseits und Mehrwertsteuererhöhung andererseits.

Null-Runden für Rentner sind bei steigenden Preisen in Wahrheit Rentenkürzungen. Gering- und Normalverdienern werden steuerliche Erleichterungen gestrichen, sie müssen die Lasten einer ungerechten Politik des ›Weiter so‹ finanzieren. Dabei ist es Merkel und Müntefering gleichgültig, dass die Vergangenheit schon zur Genüge bewiesen hat, dass diese Rezepte die falschen sind. »Die einzigen, die weitgehend ungeschoren davon kommen, sind Großkonzerne und Besserverdienende«, so Gysi und Lafontaine in einer Erklärung zum Koalitionsvertrag.

Die Belastungen durch Mehrwertsteuer, Veränderung der Pendlerpauschale, Wegfall der Eigenheimpauschale und Kürzungen im sozialen Bereich ergeben eine Summe von bis zu 40 Milliarden Euro. Die große Mehrheit des Volkes, die kleinen Leute trägt also die Lasten der Politik der neuen Regierung, kritisieren Gysi und Lafontaine. An dieser verfehlten Grundorientierung der Politik ändere auch die so genannte Reichensteuer nichts. Sie werde die Bezieher hoher Einkommen mit 1,2 bis 1,3 Milliarden heranziehen. Im Kern ändert diese Steuer nichts am eingeschlagenen Weg ›einer Politik für die oberen zehn Prozent der Bevölkerung.«

Mit der Reichensteuer, die lediglich die letzte Steuersenkung des Jahres 2005 zurücknimmt, wird keine Steuergerechtigkeit hergestellt. Damit der Staat seine Aufgaben, beispielsweise in den Bereichen Bildung oder zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit erfüllen kann, müsste der Spitzensteu-

ersatz wieder spürbar erhöht, müsste die Vermögenssteuer wieder erhoben und die Erbschaftssteuer reformiert werden. Allein mit diesen Maßnahmen ließen sich etwa 45 Milliarden Mehreinnahmen realisieren und eine wie auch immer geartete Erhöhung der Mehrwertsteuer wäre nicht erforderlich. Diese Forderungen der Linken aus ihrem Wahlprogramm wird die Bundestagsfraktion in den kommenden Wochen und Monaten beharrlich auf die Tagesordnung des ›hohen Hauses‹ setzen. Denn die Linken sind gewählt worden, damit sich die Politik im Land ändert und nicht nur die Frisur des obersten Regierungsvertreters. (cn)

Aufruf zur ersten gemeinsamen Versammlung der Neuköllner Linken

am 21. Januar 2006

*Aula der Albert-Schweitzer-Oberschule
Karl-Marx-Straße 14, 12043 Berlin*

Wir wollen eine dauerhafte Zusammenarbeit der Linken in Neukölln entwickeln. Wir wollen mit allen Interessierten die Situation in unserem Bezirk beraten und uns über gemeinsame Forderungen verständigen.

Die Idee ist in der Koordinierungsgruppe der Neuköllner Linksparteien, in der wir die guten Erfahrungen aus dem gemeinsamen Bundestagswahlkampf auswerten, entstanden. Wir verstehen diese Initiative als parteiübergreifendes Angebot an alle Interessierten, ob politisch organisiert oder nicht.

Einlader:

- *Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) Neukölln*
- *Deutsche Kommunistische Partei (DKP) Neukölln*
- *Linkspartei.PDS – Bezirk Neukölln*

Keine Ruhe vor den Nazis

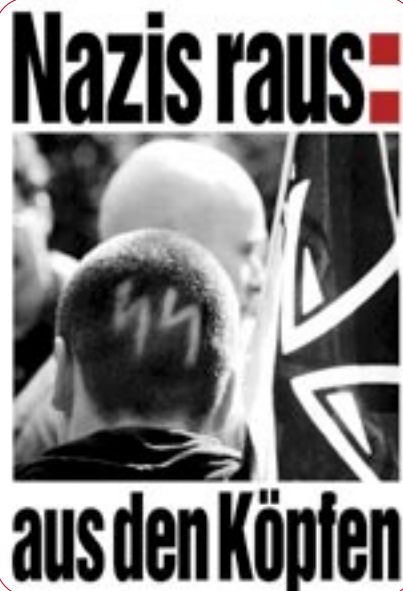
Am 3. Dezember demonstrierten wieder einmal Nazis durch unseren Nachbarbezirk Treptow-Köpenick. Wie auch in den vergangenen Jahren forderten sie ein nationales Jugendzentrum, in dem sie jungen Leuten ihre nationalistischen Ideen näher bringen wollen. Erfreulicherweise fiel die Zahl der Rechten eher mickrig aus, ein Häufchen von ca. 100 von ihnen waren erschienen. Entlang der Strecke gab es etliche Kundgebungen gegen die Nazidemos mit mindestens 500 Gegendemonstranten, die fleißig ›Nazis raus!‹ schrien.

Dass die Nazidemos kleiner, und die Zahl der Nazi-Gegner auf der Straße größer wird, ist ein gutes Zeichen. Allerdings treten die Rechtsextremen nicht nur auf der Straße auf. Ein Beispiel dafür ist die rechtsextreme Kameradschaft Berliner Alternative Süd-Ost (BA-SO). Sie wurde zwar im März verboten, aber ihre Mitglieder sind noch immer aktiv. Laut Verfassungsschutzbericht hat die BA-

SO vor allem im Raum Treptow agiert und von dort aus häufig Aktionen hier in Neukölln im Ortsteil Rudow gestartet. Eine ihrer Strategien ist es, auf öffentlichen Veranstaltungen das Wort zu ergreifen, und dort ihre Hetzparolen zu streuen. Dieses Vorgehen konnte auch in diesem Jahr im Wahlkampf beobachtet werden. Weiterhin gibt es immer wieder Fälle von Nazischmierereien in Neukölln. Dass die NPD bei den U 18 – Wahlen in unserem Bezirk über vier Prozent der Stimmen bekam, zeigt, dass die Akzeptanz rechter Gesinnung unter Jugendlichen auch in Neukölln steigt.

Rechtsextremismus ist nicht nur ein Problem in ländlichen Gegenden sondern ein Problem, dem wir uns hier ebenso stellen müssen. Es ist unbedingt erforderlich, dass alle demokratischen Kräfte hier zusammenarbeiten, und wie in anderen Berliner Bezirken bereits geschehen, Handlungskonzepte gegen die sich ausbreitende rechte Szene entwickeln.

Julia Wiedemann



Einladung zur Ersten Versammlung der Neuköllner Linken

21. Januar 2006, 19 Uhr
Aula der Albert-Schweitzer-Oberschule
Karl-Marx-Straße 14

Vorankündigung

AG Bildung
23. Februar 2006, 19 Uhr
Geschäftsstelle Richardplatz
Podiumsdiskussion
Thema: Eine Schule für alle?!

Geburtstage

Wir gratulieren recht herzlich
im Dezember
Sascha Freiberg
Aziz Akkoyun
Cagdas Baba
Gülaysan Karaaslan
Thomas Weiske
Rolf Westphal

Neuköllner Termine für Dezember

Alte Dorfschule

10. Dezember, 20 Uhr
Konzert ›Even Five‹

Musikschule

11. Dezember, 15, 16 und 17 Uhr
Weihnachtskonzert

Gemeinschaftshaus

15. und 16. Dezember
9.30 und 10.45 Uhr
›Veronica und der Weihnachtsmann‹

Schloß Britz

18. Dezember, 11 und 20 Uhr
Weihnachtliche Barockmusik

Britzer Garten

31. Dezember, 20 Uhr
Silvester im Britzer Garten

Termine der Linke.PDS

Bezirksvorstand

13 und 27. Januar, 17 Uhr,
Richardplatz 16

Mitgliederversammlung

21. Januar, 15 Uhr
Aula der Albert-Schweitzer-Oberschule
Karl-Marx-Straße 14

Jahresabschluss der Jugendgruppe

16. Dezember, 18 Uhr
Richardplatz 16

Fraktionssitzung

16. und 23. Januar, 17 Uhr
Rathaus, Raum A 307

BVV

25. Januar, 17 Uhr
Rathaus, BVV-Saal

AG ›Hartz IV‹

31. Januar, 17 Uhr

AG Migration

5. Januar, 17.30 Uhr

AG Bildung

20. Januar, 17 Uhr

AG Bürgerhaushalt

15. Dezember, 17 Uhr
5. Januar, 17 Uhr
21. Januar (in Lichtenberg)

AG Kultur

17. Januar, 19 Uhr
Video ›La Haine‹
alle AGs am Richardplatz 16

IMPRESSUM

›Neu-köllnisch‹ erscheint monatlich.

Herausgeber: PDS Neukölln,
Geschäftsstelle Richardplatz 16,
12055 Berlin, Tel./Fax: 613 59 19
Auflage dieser Ausgabe: 1.500

V.i.S.d.P.: Dr. Sylvia Stelz

Redaktionsschluss: 25. Oktober 2005

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen!